

Leitfragen-Bilanz. Eine Würdigung

von Klaus J. Bade

Die drei ausländerpolitische Motti aus den Reihen der Unionsparteien haben seit Anfang der 1980er Jahre die deutschen Gemüter flächendeckend bewegt und – mit abnehmender Kraft – ein Stück weit auch zur Identitäts- oder doch Standortssicherung der Unionsparteien beigetragen.

Am Anfang stand das demonstrative Dementi »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland«, das durchaus keine Erfindung der Unionsparteien war. Es war Angriffswaffe gegen die amtierende sozialliberale Koalition und Abwehrblock gegen

Multikulti-Träume, aber auch ein Eingeständnis defensiver Erkenntnisverweigerung; denn daß es innerhalb der deutschen Grenzen eine millionenstarke Bevölkerung in einer echten Einwanderungssituation gab, war gar nicht zu

bestreiten. Das Dementi hielt bis 1994 und wurde später durch das deutlich eingeschränktere Motto »kein klassisches Einwanderungsland« ersetzt, das wiederum etwas dementierte, das niemand im Ernst behaupten konnte, weil dieses Land bekanntlich nicht durch massenhafte und anhaltende Einwanderungen entstanden ist wie etwa die USA, Kanada oder Australien und Neuseeland.

Das Dementi bestärkte in den deutschen Mentalitäten – nicht nur der Unionsanhänger – den bis heute fortwirkenden negativen Migrationsbegriff und das davon getragene Verständnis von Zuwanderung als Bedrohung von außen und Belastung im Innern. Aber es hatte auch eine nicht intendierte Nebenfunktion: Jenseits der offenen Bühnen mit ihren öden Grundsatzpolemiken über die Einwanderungsfrage konnten sich im von den Medien unbeachteten administrativen Alltag der Kommunen Ansätze einer ganz pragmatischen Integrationspolitik entwickeln, ohne die heute noch deutlich mehr als ohnehin nötig an nachholender Integrationspolitik zu leisten wäre.

Das zweite einschlägige Motto war der von Friedrich Merz im Oktober 2000 im Bundestag eher beiläufig benutzte – nicht

von ihm »erfundene« – Begriff der »Leitkultur«. Hier war die Positionierung der Unionsparteien nicht mehr annähernd so geschlossen wie zuvor. Es gab ein neues Mediengetöse mit Selbstfindungsproblemen der Unionsparteien, aber es blieb bei einer hysterischen Schwangerschaft ohne die Geburt eines kommunikationsfähigen Konzepts. Zuletzt hat der neue Bundestagspräsident Norbert Lammert offensiv parteiübergreifend dazu aufgerufen, diese im Kern wichtige, wenngleich als »deutsche Leitkultur« zu Recht problematisierte Thematik wieder

Trotz aller prekären Probleme der Selbstbeschreibung muß sich das Einwanderungsland Deutschland endlich ein für alle und insbesondere für Einwanderer verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen.

auf die öffentliche Agenda zu setzen – Folgen ungewiß.

Mit dem baden-württembergischen Katalog zur Befragung von einbürgerungswilligen Ausländern wurde Ende 2005 die dritte einschlägige Sprengladung in der öffentlichen

Diskussion gezündet, die innerhalb der Unionsparteien noch weniger Geschlossenheit bewirkte, aber aufs Neue bundesweite Proteste mit gewaltigem Medienecho auslöste. Das Verwirrspiel wurde durch den Zickzackkurs des Ministeriums unter öffentlichem Empörungsdruk noch verstärkt. Im

Dezember 2005 waren die Landesbehörden verpflichtet worden, den Fragenkatalog auf Muslime anzuwenden; Anfang Januar wurde, nach scharfen Protesten wegen der Ungleichbehandlung der Muslime, der

Adressatenkreis zunächst auf alle Antragsteller ausgeweitet; Ende Januar wurde dann mitgeteilt, daß der umstrittene Fragebogen weder nur auf Muslime noch generell angewendet, ferner dem »Sprach- und Bildungsniveau« der Antragsteller angepasst und auch in dieser neuen Form nur als Orientierungshilfe und auch nur dann angewendet werden solle, wenn begründete Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers be-

stünden. Die aber werden durch die ohnehin übliche Regelanfrage beim Verfassungsschutz sicher besser belegt als durch Lippenbekenntnisse vor einer Behörde.

Bei der baden-württembergischen – ebenfalls nicht hier erfundenen – Initiative aber handelte es sich abermals um ein nicht etwa schon im Ansatz abwegiges, auch in anderen Einwanderungsländern (z.B. den USA) in anderer Form durchaus praktiziertes Reglement. Aber auch hier wurde, wie bei der »Leitkultur«-Debatte, der zweite vor dem ersten Schritt getan, um den sich die Deutschen mit ihrer seit der NS-Zeit prekären Selbstbeschreibung herumdrücken, während ihnen die Probleme der Integration nach Einschätzung vieler Zeitgenossen über den Kopf zu wachsen scheinen.

Trotz aller prekären Probleme der Selbstbeschreibung muß sich das Einwanderungsland Deutschland endlich ein für alle und insbesondere für Einwanderer verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen; denn woran sonst sollten sich Einwanderer orientieren bei dem Versuch, ihr Einwanderungsland zu verstehen? Man muß die gehabt Konflikte um den Begriff »Leitkultur« nicht noch einmal auskämpfen, um zur Formulierung entsprechender Leitorientierungen – im Plural, d.h. für beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft – und zu darauf gegründeten Spielregeln durchzudringen,

von denen die wichtigsten übrigens ohnehin im Grundgesetz stehen, das aber hierzulande offenkundig nicht eben jeder kennt. Daß der Zusammenhang von Werte- und Integrationsdiskussion kein

Von den Spielregeln stehen die wichtigsten übrigens ohnehin im Grundgesetz, das aber hierzulande offenkundig nicht eben jeder kennt.

deutsches Hirngespinnst ist, zeigt ein Blick über den Zaun in die Niederlande, das europäische Pionierland der Integrationspolitik: Dort will man demnächst mit »Fachleuten« darüber beraten, »was die niederländische Identität ausmacht«, um dann in einem landesweiten Kodex den Versuch »zu wagen, unsere Werte deutlicher festzulegen, um den Einwanderern bei der Integration zu helfen.«